

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushalt 2010
Ratssitzung 25. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,
sehr geehrter Herr Kämmerer Nemeita,
verehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren!

Die Verabschiedung des Haushaltsplans und die Festsetzung der Haushaltssatzung sind das „Königsrecht“ des Rates. Der Haushalt ist die Grundlage für alles, was in der Gemeinde Eslohe von Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam umgesetzt und vorangebracht wird.

Wir befinden uns im Jahr zwei nach der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Und gleichzeitig befinden wir uns im Strudel der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch ihre Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft auch die Haushalts-Planungen in der Gemeinde Eslohe in einem noch nicht gekannten Ausmaß getroffen hat. Die dramatischen Einbrüche bei der Gewerbesteuer und dem Einkommenssteueranteil der Gemeinde haben sowohl der Bürgermeister als auch der Kämmerer in ihren Haushaltsreden vor genau vier Wochen an dieser Stelle hinreichend dargestellt. Die Abhängigkeit der Gemeinde Eslohe von den versteuerten Gewinnen nur einiger weniger Steuerzahler im Vergleich zu anderen Kommunen wird dadurch mehr als deutlich.

Eine Vielzahl von ungewissen Rahmenbedingungen lässt im Moment eine realistische Prognose auf die kommenden Jahre kaum zu.

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement und die damit verbundene Darstellung des Ressourcenverbrauchs über die aufwandswirksame Buchung der Abschreibungen für sich gesehen, führten in der Planung des Haushalts 2009 bereits zu einem erheblichen Mehraufwand in Höhe von etwa 800.000 €. Aber die gesamtwirtschaftliche Lage befördert die vormals gut aufgestellte Gemeinde Eslohe innerhalb eines Jahres an den Rand der Haushaltssicherung.

Die Politik vor Ort muss aus dieser Situation heraus jetzt die richtigen Konsequenzen ziehen! Und zwar:

1. Sich der Situation zu stellen und nach bestem Wissen zu versuchen, einen geordneten und an dem Bedarf und den Gegebenheiten der Gemeinde Eslohe ausgerichteten Haushalt aufzustellen und
2. sich bei Land und Bund Gehör zu verschaffen, die Kommunalfinanzen auf andere Füße zu stellen.

Der Städte- und Gemeindebund ist an dieser Stelle ein intensiver Fürsprecher der Kommunen, genau dies einzufordern. Ich darf Ihnen den Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes dazu zitieren: „Jede Strategie zur Rettung der Kommunalfinanzen muss damit beginnen, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Haushalte ausgeglichen zu gestalten.“

In Eslohe stehen im Ergebnisplan des Haushalts 2010 Erträge in Höhe von 14,7 Mio. € Aufwendungen in Höhe von 16 Mio. € gegenüber, resultierend in einem Defizit von 1,3 Mio. €. Von einem strukturell ausgeglichenen Haushalt sind wir damit trotz intensiver Sparmaßnahmen weit entfernt. Am 24. Februar 2010 hat das Bundeskabinett die Einsetzung einer Kommission unter Führung des Bundesinnenministers zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung beschlossen. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien heißt es: „Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Wir setzen uns für leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein, um die vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft sicherzustellen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden werden wir nach Wegen suchen, Entlastungen für die Kommunen und Erweiterungen des kommunalen Handlungsspielraums zu identifizieren. Wir wollen, dass die Bürger sich in ihrer Heimat wohl fühlen.“

Das wollen wir auch! Aber die Umsetzung bleibt bis heute völlig offen und wir können sehr gespannt sein, was die Kommission erarbeiten wird, besonders auch vor dem Hintergrund, dass sich Land und Bund selbst verpflichtet haben, ihre Schulden zu begrenzen. Das legt den Schluss nahe, dass wieder die Kommunen die Leidtragenden sein werden, indem die nötigen Defizite durch Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich kompensiert werden.

Nur eines steht außer Frage: Ohne zeitnahe Veränderungen werden fast alle Kommunen innerhalb weniger Jahre in den wirtschaftlichen Ruin und direkt gefolgt in den gesellschaftlichen Ruin geführt.

Das schon bestehende Ungleichgewicht zwischen der Einnahmeseite und der Ausgabenseite wird durch immer neue Leistungen weiter vorangetrieben, die den Kommunen von Land und Bund verpflichtend auferlegt werden. Der Anteil der Kosten

der Unterkunft für SGB II-Empfänger ist hier nur ein Beispiel von vielen. Ziel der Politik muss es endlich sein, sicherzustellen, dass diejenige Ebene, die eine finanzrelevante Aufgabe initiiert, letztlich auch die Finanzierung dieser Aufgabe sicherzustellen hat.

Die garantierte kommunale Selbstverwaltung darf nicht immer weiter ausgehöhlt werden. Hier müssen die Ansätze zur Linderung der kommunalen Finanznot eingefordert werden: Die Kommunen müssen von Aufgaben entlastet werden, gesetzlich vorgegebene und Kosten treibende Standards der kommunalen Aufgabenerfüllung abgesenkt werden, auf neue Aufgaben muss verzichtet werden und es muss darüber nachgedacht werden, den Kommunen neue Einnahmequellen zu erschließen. Eine Zahl noch, die das Ausmaß der kommunalen Belastung verdeutlicht:

Die Kommunen investieren im Durchschnitt nur noch 60% dessen, was sie für soziale Zwecke ausgeben. Die nordrhein-westfälische Gemeindeprüfungsanstalt fordert in diesem Zusammenhang, dass kommunale Handeln mit einer generellen Aufgaben- und Standardbeschreibung zu versehen. Diese vereinbarten Standards wären dann die Grundlage für eine garantierte finanzielle Grundausstattung der Kommunen.

Eine einseitige Hilfe für besonders angeschlagene Kommunen – wie schon mehrfach gefordert – ist jedoch strikt abzulehnen. Das wäre ein verheerendes Signal, die sparsamen Kommunen zu Gunsten derer, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, zu bestrafen.

Wir hier in Eslohe sind doch nur deshalb noch in der Lage, in 2010 einen Haushalt ohne Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, weil wir zum einen noch einige wenige Stellschrauben haben, die in anderen Kommunen schon lange nicht mehr bestehen; und weil es zum zweiten hier in Eslohe für die CDU geführte Politik immer Priorität hatte, nur das Geld auszugeben, was wirklich zur Verfügung stand. Der im Vergleich mit anderen Kommunen aktuell niedrige Schuldenstand in Höhe von etwa 220 € pro Einwohner spricht für sich.

Und damit bin ich bei den Konsequenzen vor Ort: Der Haushalt 2010. An diese Stelle ein großes Kompliment an die Verwaltung, die diese Herkulesaufgabe, die Eröffnungsbilanz, den vorläufigen Jahresabschluss 2009 und den Haushaltsplan 2010 zeitgleich aufzustellen, bravourös gemeistert hat. An erster Stelle sind hier sicherlich die Herren Michael Nemeita und Elmar Habbel zu nennen, aber auch der gesamten Verwaltung gilt hier der große Respekt der CDU-Fraktion. Durch die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorberatung finden sich die Vorschläge der CDU-Fraktion schon im eingebrachten Haushalt wieder.

Den Dank der Verwaltungsspitze vor vier Wochen im Bezug auf die Mithilfe bei der Haushaltsaufstellung haben wir als CDU-Fraktion guten Gewissens ausschließlich auf uns bezogen. Hier haben wir als Mehrheitsfraktion Verantwortung übernommen und wahrlich keine populären Entscheidungen getroffen. Im Vordergrund standen für uns zwei Dinge: Erstens die Vermeidung der Haushaltssicherung und zweitens, und das ist nicht weniger wichtig, der Erhalt der grundsätzlichen Strukturen in der Gemeinde Eslohe, so z.B. das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das breite Vereinsleben und Angebot im sportlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich, die Familienfreundlichkeit, die Schulstandorte der Gemeinde, den Tourismus und die Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt das gute menschliche Miteinander, das die Gemeinde Eslohe so liebens- und lebenswert macht. Die Konsolidierung eines Haushaltes sollte sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabeseite betrachten. Priorität müssen aber zwingend die Sparpotentiale der Ausgabeseite haben, bevor Bürger und Unternehmen zusätzlich belastet werden. CDU-Politik wird es deshalb nicht sein, Leistungen für Einzelne, auf Kosten einer zusätzlichen Belastung der Gemeinschaft zu finanzieren. Die Forderung, die Aufrechterhaltung bestimmter freiwilliger Leistungen durch eine Steuererhöhung gegen zu finanzieren, ist mit den Grundsätzen einer soliden Haushaltsführung nicht zu vereinbaren. Steuererhöhungen können immer nur nachrangiges Mittel zur Einnahmebeschaffung einer Kommune sein. Einschnitte bei gemeindlichen Leistungen hinzunehmen, ist immer schmerzhaft. Stattdessen aber die Steuern zu erhöhen, ist der völlig falsche Weg.

Das Konzept der CDU-Fraktion greift aus diesem Grund in erster Linie in die Ausgabenseite des Haushalts ein. Einige wesentliche Punkte unseres Konsolidierungskonzeptes stelle ich Ihnen jetzt vor:

- Vermeidung der Haushaltssicherung und damit der Erhalt der finanziellen Selbstbestimmung. Die Gemeinde Eslohe muss so lange wie möglich eigenverantwortlich handlungsfähig bleiben.
- Keine pauschale Kürzung der freiwilligen Leistungen, aber eine ausgewogene Verteilung der Einschnitte und damit eine Vermeidung von einseitigen Belastungen.
- Keine Einschränkungen bei der Jugend- und Kinder-Förderung in allen Bereichen und damit ein klares Bekenntnis zu der Familienfreundlichkeit der Gemeinde Eslohe. Der Jugend gehört die Zukunft. Einschnitte an dieser Stelle vervielfältigen sich in negativer Art und Weise.

- Erhalt der Vereinsvielfalt durch gezielte, angemessene Förderung der Vereine und Gruppen, die ohne die gemeindliche Unterstützung Einschränkungen ihres Angebots vornehmen müssen. Kürzungen nur dort, wo sie vertretbar sind. Für uns ist es wichtig, den Einzelnen nur gemäßigt zu belasten und insbesondere darauf zu achten, dass Einsparungen nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Vereine und der ehrenamtlich Tätigen durchgeführt werden.
- Stärkung des Schulstandortes Eslohe. Auch hier können Einsparungen bei den Fahrschülern, besonders im Realschulbereich erhebliche Auswirkungen haben. Wir treten dafür ein, durch ausreichende Schülerzahlen die Dreizügigkeit der Realschule beibehalten zu wollen und damit den Standort attraktiv und zukunftssicher zu erhalten.
- **Aussetzen** der Förderungen
Wir stehen dafür ein, die gekürzten Förderungen den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde anzupassen und unter anderen Voraussetzungen wieder einzusetzen
- **Keine** Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein wenig zu den Konzepten der anderen Fraktionen sagen. FDP und SPD orientieren sich fast ausschließlich an den Vorschlägen der CDU-Fraktion. Eigene konkrete Ideen – Fehlanzeige. Ist das Ihre Vorstellung von Politik, immer nur dagegen zu sein?

So fordern die Kollegen der SPD und FDP, einige Gruppen und Vereine bei den Einsparungen außen vor zu lassen bzw. die Kürzungen in geringerem Maß vorzunehmen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Jede Vereinigung, jeder Verein ist bereit in dieser außergewöhnlichen Haushaltssituation zu sparen und einen Beitrag zu leisten. Hier möchte sogar keiner der Gruppen und Vereine außen vor bleiben.

Stichwort Hallennutzungsgebühren - Eine kostenlose Nutzung der gemeindeeigenen Sporthallen ist für alle Sportvereine wünschenswert. Auf der anderen Seite stehen hohe Betriebskosten für Strom, Heizung und Wasser, die den Gemeindehaushalt belasten. Durch die Hallennutzungsgebühren soll hier aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde und zur Vermeidung einer viel höheren Belastung der Vereine im Rahmen einer drohenden Haushaltssicherung ein kleiner Anteil durch die Sportvereine für diese gemeindliche Leistung erbracht werden. Auch kleinere Abteilungen, die hier betroffen sind, sind in größeren Vereinen beheimatet. Hier hat man mir in persönlichen Gesprächen versichert, dass die einzelnen Abteilungen mit ihren Belastungen nicht allein gelassen werden.

Die Gemeinde kann in ihrer finanziellen Notlage nicht immer weiter alles zum Nulltarif anbieten; und zwar weder Ihre Gebäude und Räumlichkeiten noch ihr Personal. Hier wird eine wirkliche Leistung erbracht, die an anderer Stelle ganz selbstverständlich bezahlt wird. In den Sportheimen der Fußballplätze werden die Betriebskosten zum Beispiel schon immer von den Vereinen selbst getragen.

Nehmen wir noch ein Beispiel, das auch die Dimension der Gebühren erkennen lässt: Zwei Stunden Erwachsenensport in der Westenfeldturnhalle, Kinder und Jugendliche sind von den Gebühren ausdrücklich ausgenommen, mit 20 Personen verursachen Hallennutzungsgebühren von 16 €. Der Einzelne kann also 2 Stunden seinem Hobby nachgehen, in einer trockenen, geheizten Halle; anschließend warm duschen und das alles – um bei diesem Beispiel zu bleiben – für 80 Cent. Ist das wirklich zuviel verlangt? Wir meinen nicht!

Das Aussetzen der vereinsbezogenen Familienförderung ist uns wahrlich schwer gefallen, weil hier sowohl die Familien als auch die Vereine profitiert haben. Festzustellen ist aber, dass diese Maßnahme unter sehr viel besseren und damit völlig anderen finanziellen Voraussetzungen ins Leben gerufen worden ist. Daran sollten sich bitte alle Fraktionen erinnern.

Das Familienförderprogramm der Gemeinde Eslohe ist zudem, wie Sie vielleicht wissen, sehr viel umfangreicher und nicht auf die vereinsbezogenen Familienförderung und den Mobilitätzuschuss begrenzt. Familien werden an vielen Stellen zusätzlich gefördert. Nachlässe bei dem Erwerb von Baugrundstücken, ermäßigte Eintritte im Esselbad und im Museum oder auch reduzierte Beiträge in vielen Vereinen seien hier nur beispielhaft genannt. Und auch das Festhalten der CDU-Fraktion an allen Zuschüssen für Kinder und Jugendliche ist ein klares Bekenntnis zu familienfreundlicher Politik. Der familienfreundliche Charakter der Gemeinde bleibt damit auch in der Zukunft erhalten. Das war und ist uns sehr wichtig! So ist auch der Haushaltsansatz für die Teil offene Tür keine Kürzung, sondern eine Anpassung an die tatsächliche Verlustabdeckung der letzten Jahre, die weit unter der noch immer garantierten Fördersumme von 750 € liegt. Im Jahr 2008 waren es 613 € und im Jahr 2009 278 €.

Kommen wir aber jetzt zu der Forderung nach Steuererhöhungen, zu der ich ja schon einiges gesagt habe.

Wenn es nach Ihnen, Herr Beuchel, und Ihren Mitstreitern gegangen wäre, hätte die Gemeinde Eslohe schon im Dezember die Grundsteuern erhöht. Ihre Pläne in dieser Richtung, Herr Frenzel, haben Sie ja sogar presswirksam dargestellt.

Haben Sie sich überhaupt einmal damit auseinandergesetzt, welche Auswirkungen so eine Erhöhung haben wird? Die Grundsteuer belastet entgegen ihrer Historie schon lange nicht mehr nur Eigentümer von Grund und Boden; sämtliche Mieter werden durch die Betriebskostenverordnung 1:1 belastet, indem der Eigentümer seine Kosten an die Mieter und damit auch an viele Familien weitergibt. Je größer eine Familie, je mehr Kosten werden an dieser Stelle entstehen. Durch den 25%igen Gemeindeanteil im Bereich Kosten der Unterkunft nach SGB II und durch erhöhte Aufwendungen beim Hochsauerlandkreis kommen hier kurzfristige Entlastungen durch eine höhere Grundsteuer sehr schnell als Bumerang auf die Gemeinde zurück.

Zusätzlich schadet eine Erhöhung der Grundsteuer Gewerbe und Einzelhandel mit erheblichen Folgewirkungen auf Investitionen und Arbeitsplätze. Die Unternehmen stehen nach wie vor unter immensem Druck. Erhöhte Belastungen werden die ohnehin noch angespannte wirtschaftliche Situation weiter verschärfen. Und zwar nicht nur durch hohe Steuerlasten für Gewerbegrundstücke. Durch die Mehrbelastung wird dem Bürger in erheblichem Maß Einkommen entzogen, was die Kaufkraft insgesamt schwächt und sich weiter negativ auf die mittelständischen Betriebe und Einzelhändler auswirken wird.

Meinen Sie wirklich, dass sind die politischen Signale, auf die die Menschen in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten warten?

Der demographische Wandel ist in aller Munde, aber bei Ihnen wohl noch nicht angekommen. Sie wollen die Standortfaktoren für die Gemeinde Eslohe sowohl für neues Gewerbe als auch für neue Familien, sei es als Mieter oder als Kaufinteressenten für Grundstücke im Wettbewerb mit den anderen Kommunen weiter verschlechtern. Und mit dem Vorschlag zur Erhöhung der Gewerbesteuer setzen Sie, Herr Frenzel, dann Allem die Krone auf. Und argumentieren Sie nicht mit den Freibeträgen oder der Abzugsfähigkeit bei der Einkommensteuer. Es geht um das negative Signal, was im Hier und Jetzt von so einer Steuererhöhung ausgeht. Ein erfolgreich wirtschaftendes Unternehmen leistet eben nicht nur durch die Gewerbesteuer seinen Beitrag. Es geht auch um zukünftige Investitionen und damit um den Erhalt bzw. den Ausbau von Arbeitsplätzen in der Gemeinde.

In Ihren Wahlprogrammen schlagen Sie noch ganz andere Töne an. Dort heißt es bei der FDP: *„Für die Gemeinde Eslohe ist es sehr wichtig, gegen Demographie und Landflucht zu wachsen. Deswegen setzen wir als langfristiges Ziel: Die Gemeinde Eslohe muss wachsen! Bei den Einwohnern und bei den Arbeitsplätzen. Dieses muss bei allen Entscheidungen unseren Handlungsrahmen bestimmen“*. Ein viertel Jahr

später muss sich der Wähler fragen, wie Sie mit Ihrer Zustimmung zur Grundsteuererhöhung im Dezember die Ernsthaftigkeit Ihrer Forderung und damit Ihres ganzen Programms begründen wollen.

Und bei den Kollegen der SPD heißt es auch noch so vollmundig im Wahlkampf im Bereich Finanzen und Haushalt: *„Wir wollen erreichen, dass die gemeindlichen Finanzen gefestigt werden, aber ohne höhere Steuern.“* Oder für den Bereich Wirtschaftsförderung geben Sie als Ziel aus: *„Rahmenbedingungen auch für ortsansässige Unternehmen verbessern und Erstellen eines langfristig angelegten Konzepts, um zukunftssträchtige Betriebe in den bestehenden und neu zu erschließenden Gewerbe- und Industriegebieten anzusiedeln. Nur so können dringend notwendige Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen.“* Vielleicht erzählen Sie uns ja gleich noch ein wenig über Ihr langfristiges Konzept. Mit der Forderung nach einer Gewerbesteuererhöhung haben Sie ja schon eine wahrlich zukunftssträchtige Idee gehabt. Aber vor der Wahl ist ja nicht immer *nach* der Wahl.

Wo wollen Sie denn bei Ihren Steuererhöhungen auch eine Grenze ziehen? Wenn uns in den Folgejahren wieder das Geld ausgeht, wollen Sie immer weiter den Bürger und die Unternehmen belasten? Das kann doch nicht Ziel der Politik sein und auch die Verwaltung möchte ich an dieser Stelle bitten, über den Sinn oder besser gesagt Unsinn der Forderung nach einer stetigen weiteren Zusatzbelastung der Bürger und Unternehmen nachzudenken. Wir stoßen hier an Grenzen. Die grundlegende finanzielle Ausstattung der Kommunen, ich wiederhole mich hier gerne, muss endlich auf einer anderen Ebene gelöst werden und nicht immer und immer wieder auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen werden.

Und noch eins, Herr Frenzel: Bitte vermischen Sie nicht die Politik hier vor Ort mit dem Wahlkampf zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Fraktion möchte den Menschen und der Gemeinde aus vielerlei Gründen eine Steuererhöhung ersparen. Das habe ich gerade versucht, Ihnen zu erläutern. Dass wir trotzdem eine Erhöhung der Grundsteuer zum Zeitpunkt unserer Haushaltsberatungen im Januar im Hinblick auf eine drohende Haushaltssicherung nicht ausschließen konnten, ist von Anfang an offen und ehrlich gesagt worden. Das ist die Ehrlichkeit, für die die CDU-Fraktion eintritt und an der wir uns messen lassen. Die Wahlversprechen von SPD und FDP, alle im vollen Bewusstsein der Auswirkungen der Finanzkrise getätigt, stehen da in einem ganz anderen Licht!

Aber zurück zum Haushalt 2010:

In der öffentlichen Diskussion ist immer schwierig auf der einen Seite über Einsparungen und Geldmangel zu reden und auf der anderen Seite, Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Die NKF Systematik ist nun mal der eines Kaufmanns angelehnt. Das wichtigste Instrument des Kaufmanns, seine Wirtschaftlichkeit zu beurteilen, ist neben der Bilanz die Gewinn- und Verlustrechnung; im Fall der Kommune die Ergebnisrechnung bzw. der Ergebnisplan. Hier werden die eingangs beschriebenen Abschreibungen dargestellt und führen zu einem erhöhten Aufwand, der im Sinne der Generationengerechtigkeit erwirtschaftet werden muss. Ein durchaus sinnvolles Prinzip, die Auswirkungen – besonders in den Jahren der Umstellung – sind allerdings, wie schon zu Beginn erwähnt, erheblich. Die Erträge und Aufwendungen sind an dieser Stelle langfristig unbedingt in Einklang zu bringen. Sonst werden wir nach und nach das Eigenkapital der Gemeinde verzehren.

Zusätzlich ist der Kaufmann auf sein verfügbares Geld bedacht, die Liquidität.

Die in 2010 noch verfügbaren liquiden Mittel der Gemeinde Eslohe sind durchaus höher zu beurteilen, als die vor vier Wochen vom Bürgermeister genannte Zahl von 1,5 Mio. €. Ein jederzeit verfügbares Wertpapier in Höhe von etwas mehr als 3 Mio. € ist sicherlich auch als solche zu beurteilen, so dass wir an dieser Stelle mit einer Summe von insgesamt 4,5 Mio. €, bzw. korrigiert um den sich noch letzte Woche ergebenen Buchungsfehler mit 4,2 Mio. € nicht kurzfristig in Gefahr geraten werden, neue Kredite aufnehmen zu müssen. Teil der Liquidität sind u. a. auch die Zuwendungen des Landes, die zwingend investitionsgebunden einzusetzen sind und damit nicht die Ergebnisrechnung direkt entlasten können. Auf der anderen Seite bedeutet diese Verpflichtung ein gewisses Investitionsniveau, das auch die Auftragslage der heimischen Betriebe positiv beeinflusst.

Durch diese Verpflichtungen werden im Haushalt 2010 nicht mehr Mittel eingesetzt als der Gemeinde durch Zuschüsse und Pauschalen zur Verfügung stehen. Trotz der geplanten Investitionen in Höhe von 1,38 Mio. € leben wir nicht über unsere Verhältnisse.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zu ausgewählten Positionen in Ergebnis- und Finanzplan.

Der Gewerbesteueransatz findet unsere Zustimmung. Ein Vergleich des Gewerbesteueraufkommens in 2009 in Höhe von 1,6 Mio. € und des für 2010 in den ersten Vorauszahlungsbescheiden eingeplanten Aufkommens in Höhe von 2,3 Mio. €, ergibt schon eine deutliche Erhöhung. Der aktuelle Stand des für 2010 zu

erwartenden Gewerbesteueraufkommens, der bereits Nachzahlungen für die Jahre 2008 und 2009 und die Vorauszahlungsbescheide für 2010 berücksichtigt, liegt heute, am 25. März 2010 – diese Zahl habe ich heute bei der Verwaltung erfragt – bei 2,9 Mio. € und damit schon weit über der mit 2,65 Mio. € im Haushalt veranschlagten Summe. Die Einschätzung der CDU-Fraktion zur Entwicklung der Wirtschaftslage in der Gemeinde Eslohe im Dezember hat sich damit mehr als bestätigt und damit ebenfalls die Entscheidung, einer Grundsteuererhöhung **zu keinem Zeitpunkt** zugestimmt zu haben. Die große Zeitungsschlagzeile „Steuererhöhung ist zwingend notwendig“ der Sozialdemokraten im Februar 2010 und die schon im Dezember 2009 befürwortete Steuererhöhung der FDP lassen hier den politischen Weitblick zum Wohle des Bürgers, des Gewerbes und der Gemeinde insgesamt klar vermissen.

Und auch Ihre Ausführungen, Herr Beuchel, zur Bedeutung der Gewerbesteuer in der letzten Woche habe ich mit großem Erstaunen gelesen. Ihre Annahme, dass mittelfristig die Schlüsselzuweisungen die maßgebliche Größe im Hinblick auf die Finanzausstattung der Kommunen sei, legt den Schluss eines grundsätzlichen Missverständnisses Ihrerseits nahe. Richtig ist, dass Schlüsselzuweisungen **und** Steueraufkommen wesentliche Bestandteile der kommunalen Finanzen darstellen. Die kommunale Steuerkraft ist ein Faktor, der für das Folgejahr bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs herangezogen wird. Je höher das Steueraufkommen einer Kommune allerdings ist, desto **unabhängiger** wird sie von den Zuweisungen des Landes. Zusätzlich ist die zukünftige Höhe der Ausgleichsmasse insgesamt, die das Land den Kommunen zur Verfügung stellt, aufgrund der Finanznot von Bund und Ländern völlig ungewiss.

Die Einschnitte im Steueraufkommen eines Jahres lösen damit

1. erst im Folgejahr höhere Zuweisungen aus und
2. nicht in der Höhe, wie im vorausgegangenen Jahr Verluste zu verzeichnen waren.

Davon zu sprechen, die Höhe des Gewerbesteueraufkommens sei unerheblich, geht damit sehr an der Realität vorbei.

Im Bereich der Einkommenssteuer bleibt abzuwarten, wie sich die Beschäftigung insgesamt und die Auswirkungen der Kurzarbeit entwickeln.

Im Bezug auf die Kreisumlage sollten alle Städte und Gemeinden nicht davon ablassen, den Hochsauerlandkreis an die kommunale Solidarität zu erinnern. Der Hochsauerlandkreis hat durch eine „Nullrunde“ bei der Kreisumlage eine zusätzliche Belastung der Kommunen vermieden, wenngleich auch eine Senkung der Umlage in dieser außergewöhnlichen Situation durch die besondere finanzielle Ausstattung des

Hochsauerlandkreises möglich war. Auch im Haushalt 2010 macht die allgemeine Kreisumlage in Höhe von 3,16 Mio. € den weitaus größten Posten der Aufwandsseite aus. Der Hochsauerlandkreis darf nicht auf Kosten der Handlungsfähigkeit seiner Kommunen eine unverhältnismäßige Entschuldungspolitik vorantreiben, die darin mündet, dass im Jahr 2013 alle Kommunen nur noch als Nothaushalte geführt werden und vor Ort Strukturen unwiederbringlich zerstört werden.

Zu unseren Standpunkten im Bezug auf die freiwilligen Leistungen habe ich schon ausführlich Stellung bezogen. Hier müssen wir bei der Bevölkerung für ein Umdenken werben. Das Geld wird überall knapper. Bund, Länder und Kommunen wissen nicht, ihre Finanzen zu ordnen und auszugleichen. Wir müssen unsere geförderten Standards und Leistungen hinterfragen und auf eine neue, niedrigere Stufe stellen.

Viele Ausgaben für dieses Jahr stehen noch im Zeichen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung. Von den Mitteln für Infrastruktur in Höhe von insgesamt 522.000 €, die z. T. schon in 2009 verwendet wurden (so Z.B. die Anbindung des Maschinen- und Heimatmuseums an die von den Gemeindewerken betriebene Nahwärmeversorgung), sind im Haushalt 2010 die folgenden Maßnahmen eingestellt: 300.000 € für sanierungsbedürftige kommunale Wirtschaftswege, 22.400 € für das neue Dokumentenmanagementsystem und 8.000 € für EDV-Investitionen in der Hauptschule. Die Mittel im Bereich Bildungsinfrastruktur in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. € wurden und werden überwiegend für Energiesparmaßnahmen an den Schulgebäuden verwendet, so dass die Gemeinde dadurch sehr kurzfristig erhebliche Einsparungen erfahren wird, denen wir schon im Jahresergebnis 2010 hoffnungsvoll entgegensehen.

Weitere größere Investitionen in 2010 stellen die Renaturierung der Wenneaue mit 185.000 €, die Fortführung des Baus von Buswartehäuschen mit 106.400 €, die Ausstattung der Kinderspielplätze in Eslohe und Bremke mit 30.000 € und ein neues Feuerwehrfahrzeug mit 85.000 € dar.

Im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2010 beantragt die CDU-Fraktion noch folgende Punkte:

1. Auflösung des Kuratoriums Störmanns Hof in der nächsten Gesellschafterversammlung

Die Beratungstätigkeit im Zuge der Bautätigkeit ist hinfällig geworden. Zusätzliche Beratungsaufgaben, z. B. im Bereich der medizinischen Versorgung, der Pflege oder der Seelsorge können jederzeit im Rahmen der Gesellschafterversammlung durch Hinzuziehen von Fachleuten gewährleistet werden.

2. Streichung des Mitgliedsbeitrags der Gemeinde für das Museum ab dem Jahr 2011
Durch den Vertrag zwischen Museumsverein und der Gemeinde ist ein Mitgliedsbeitrag, der über den normalen Betrag hinausgeht, einzusparen.

3. Umsetzung der vertraglich garantierten Energiesparberatung im Bereich Straßenbeleuchtung durch die RWE AG.

Die vertragliche Bindung mit der RWE AG sieht die Möglichkeit dieser Beratung vor. Alle rechtlich möglichen Aspekte zur Reduzierung der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung sollen dadurch abgewogen werden.

4. Konzeptentwicklung zur langfristigen Umstrukturierung im Bereich Bauhof

Die Leistungen des Bauhofs sollen dahingehend überprüft werden, ob private Anbieter langfristig in der Lage sind, die gleiche Leistung kostengünstiger anzubieten.

5. Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, soweit dies sinnvoll und möglich ist. Hier sei noch erwähnt, dass eine interkommunale Zusammenarbeit nicht zwangsläufig auf Einsparungen im Personalbereich abzielt. Eine Kaufpreisoptimierung durch gemeinsamen Einkauf oder eine gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Großgeräten sind hier durchaus denkbar.

6. Konsequente Einführung eines digitalen Ratsinformationssystems inklusive der Umstellung der Postzustellung auf den Mailversand.

Hier werden sich erhebliche Einsparungen im Bereich Porto, Druck und Bürobedarf ergeben.

Die CDU-Fraktion wird dem eingebrachten Haushalt ohne Vorbehalte zustimmen.

Im Namen meiner gesamten Fraktion noch einmal meine Hochachtung für die in der Verwaltung geleistete Arbeit, mein herzlicher Dank für Ihre fachliche Unterstützung der Politik und die immer herzliche und vertraute Zusammenarbeit, besonders mit der neuen Verwaltungsspitze in Person des Bürgermeisters Stephan Kersting und des Kämmers Michael Nemeita. Das gute Miteinander wird für die CDU-Fraktion immer Grundvoraussetzung für die politische Arbeit sein. Dies gilt ausdrücklich nicht nur für die Mitarbeiter der Verwaltung, sondern auch für alle Ratskolleginnen und -kollegen und die Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger unabhängig von der sachlichen Auseinandersetzung.

Auch Ihnen allen ein herzliches Dankeschön, heute vor allem, dass Sie mir so lange zugehört haben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Eslohe, Rochus Franzen